

Jahresbericht des Präsidenten 2012

1. Überblick

Das vergangene Verbandsjahr war wiederum geprägt durch viele laufende Projekte, aber auch durch einen grossen Wechsel in den Gemeindeexekutiven im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen in den Gemeinden. So wurden am 6. Mai 2012 insgesamt 351 Sitze in 75 Luzerner Gemeinden vergeben. Aufgrund von anstehenden Fusionen wurde in verschiedenen Gemeinden erst im August gewählt. Der VLG stand am Wahltag als Drescheibe und Informationsplattform zur Verfügung. Am 17. Juni kam es dann in einigen Gemeinden des Kantons zu 2. Wahlgängen. Allen Unkenrufen zum Trotz konnten auch für die Legislaturperiode 2012-2016 alle Gemeinderatssitze besetzt werden. Es kam in vielen Gemeinden zu Kampfwahlen und zu 2. Wahlgängen. Das zeigt, dass die Gemeindedemokratie nach wie vor sehr gut funktioniert und das Amt des Gemeinderates/der Gemeinderätin attraktiv ist. Vielerorts kam es zu eigentlichen Generationenwechseln. Im Verlaufe des Jahres wurden zudem noch mehrere Gemeindefusionen beschlossen. So ging der Gemeindebestand per Ende Jahr von 87 auf 83 Gemeinden zurück.

In personeller Hinsicht stand die Neuwahl der Leitungen der Bereiche Finanzen und Bildung im Mittelpunkt der GV 2012. Während die Wahl für die Leitung des Bereiches Finanzen „problemlos“ über die Bühne ging, gelang es auch nach sieben Wahlgängen nicht, eine neue Leitung des Bereiches Bildung zu wählen. Die durch die geltenden Wahlbestimmungen in den Verbandsstatuten entstandene Patt-Situation zwischen zwei Kandidierenden konnte nicht überwunden werden. Die Wahl wurde abgebrochen und eine Statutenrevision in Aussicht gestellt. Währenddessen führte Vizepräsident Peter Emmegger den Bereich Bildung ad interim. Als neuer Leiter des Bereiches Finanzen wurden der Schlierbacher Gemeindeammann und Kantonsrat Armin Hartmann gewählt. Er löste den zurücktretenden Ebikoner Gemeindeammann Herbert Lustenberger ab.

Der Vorstand traf sich 2012 zu 10 ordentlichen Sitzungen. Die fünf Bereiche kamen durchschnittlich zu je 6-8 Sitzungen zusammen und behandelten unzählige Geschäfte aus den betreffenden Bereichen. So wurden im vergangenen Jahr Stellungnahmen zu 13 Vernehmlassungen erarbeitet. Daneben waren wiederum unzählige Gemeinderatsmitglieder in kantonalen Arbeitsgruppen für den VLG aktiv und vertraten darin die Interessen der Gemeinden. Inhaltlich standen dabei vor allem die Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (K-ESR) sowie Fragen rund um die Finanzreform'08 sowie der Pflegefinanzierung im Mittelpunkt der Verbandsaktivitäten. Letztlich ging es auch im vergangenen Jahr immer wieder um die Kernfrage, ob die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden noch im Lot ist. Als wichtiger Meilenstein kann festgehalten werden, dem Kantonsrat im Wirkungsbericht Finanzreform '08 einen verbindlichen Auftrag zur Realisierung eines Projektes für die Änderung des Kostenteilers beim Volksschulwesen auf 50:50% zu erteilen. Ebenfalls wurde im Bericht vom Kantonsrat verlangt, die Evaluation der Pflegefinanzierung ebenfalls die Spitalfinanzierung mit zu evaluieren.

Die Gemeinden gerieten nicht zuletzt im vergangenen Jahr nochmals zunehmend unter finanziellen Druck. In einigen Gemeinden wurden an den Budget-Versammlungen die Steuerfüsse erhöht.

2. Aus den einzelnen Fachbereichen

Nachfolgend werden wichtige Geschäfte aus den fünf Fachbereichen kurz erwähnt. In der Regel werden alle Geschäfte des VLG einem Fachbereich zugewiesen, der daraus ein Vorstandsgeschäft vorbereitet oder im Rahmen seiner Kompetenzen selber entscheidet. Einige wenige Dossiers werden direkt durch den Vorstand zentral geführt. Die einzelnen Fachbereiche führen ihre eigenen Regionalkonferenzen durch, wo sich die einzelnen Ressortverantwortlichen aus den Gemeinden treffen. Somit ist ein Austausch bis zur „Basis“ möglich.

2.1 Bereich Bau, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr (Bereich BUWD)

Der Bereich BUWD musste sich nicht zuletzt aufgrund von Abgängen infolge der Gemeinderatswahlen personell erneuern. Bald schon konnte für die ausscheidenden Personen Ersatz gefunden werden.

Vernehmlassung zum Energiegesetz

Der Bereich beschäftigte sich intensiv mit der Vernehmlassung zum Energiegesetz. Dabei ging es vor allem um die Frage der inskünftigen Rolle der Gemeinden in der Energiepolitik. Die Vernehmlassung wurde dann Anfang 2013 eingereicht. Dabei wurde der Schwerpunkt auf die Klärung der Rolle und der Aufgaben der Gemeinden gelegt.

Totalrevision Planungs- und Baugesetz (PBG)

Hier ging es ebenfalls um ein Kerngeschäft für die Luzerner Gemeinden, hat jeder Veränderung der Gesetzesbestimmungen unmittelbare Auswirkung auf die Bautätigkeit in den Gemeinden. Der Bereich beschäftigte sich intensiv mit der Vorlage und gab eine inhaltlich umfassende Vernehmlassung ab. Die Gesetzesberatungen erfolgen dann im Kantonsrat im Verlaufe des Jahres 2013.

Bedingungen für die Nutzung der Geothermie

Der Kanton bereitete ein Rahmengesetz vor, die es ermöglicht, Bohrungen für Geothermie zu machen. Da die potentiellen Orte immer auch auf Gemeindegebiet liegen, ging es darum zu klären, wer für was wem eine Bewilligung zu erteilen und wem die Hoheit im tieferen Untergrund gehört und wie lange Konzessionen an Unternehmungen gegeben werden sollen.

Problematische Gewässerraumausscheidung

Das Thema beschäftigte auch den Bereich wiederum im vergangenen Jahr. Es gab dazu auch eine Aussprache mit dem zuständigen Regierungsrat Robert Küng. Die Gemeinden sind nach wie vor unzufrieden mit den entsprechenden Vorschriften, die allerdings auf Bundesrecht basieren.

2.2 Bereich Bildung und Kultur (Bereich BKD)

Ende Jahr gab Rolf Bossart die Leitung des Bereiches, nachdem er eigentlich bereits an der GV 2012 aus dem Vorstand zurückgetreten war und dann per Ende August 2013 auch nicht mehr Gemeinderat war, ab. Vizepräsident Peter Emmenger übernahm dann per 31.12.12 die Leitung des Bereiches ad interim. Ebenfalls per Ende Jahr schieden die ständigen Vertretungen der Schulpflegen und Schulleiter aus dem Bereich aus. Der Bereich soll im Verlaufe 2013 mit weiteren Mitgliedern der Gemeindeexekutiven verstärkt werden. Der Kontakt zu den Partnerverbänden soll weiterhin gepflegt werden.

Umsetzung Musikschulverordnung

Im Rahmen des vom Kantonsrat neu beschlossenen Kantonsbeitrags ging es darum, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der neuen Musikschulverordnung umzusetzen. Der Bereich Bildung konnte sich zur Verordnung und zur anvisierten Grösse der Musikschulen äussern. Es konnte auch erreicht werden, dass die CHF 350.-- als effektiver Durchschnittsbetrag gilt und nicht als Höchstbetrag, wie es ursprünglich offenbar angedacht war.

Sparpaket belastet die Gemeinden

Im Rahmen des im Dezember 2012 vom Kantonsrat beschlossenen Sparpaketes wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt, welche die Gemeinden finanziell belasten. Demgegenüber gab es Entlastungen in andern Bereichen. Der Bereich wurde vom BKD frühzeitig über die geplanten Sparmassnahmen informiert und konnte sich auch dazu äussern.

Neuregelung Sonderschulen

Einige Diskussionen löste auch die Neuregelung der Sonderschulung aus. Auch hier wurde eine Verordnungsänderung beschlossen. Der VLG konnte sich im Vorfeld mit seinen Anliegen einbringen. Es zeigte sich aber, dass die Sonderschulung weiterhin mit hohen Kostenrisiken für die Gemeinden verbunden ist.

Zankapfel Projekt „Arbeitsplatz Schule“

Das Projekt „Arbeitsplatz Schule“ beschäftigte VLG und BKD auch im vergangenen Jahr gleichermassen. Der VLG bewilligte die Umsetzung des ersten Schrittes, machte aber die Umsetzung weiterer Schritte von einer weiteren Anpassung des Kostenteilers Volksschulen um mindestens 5% zugunsten der Gemeinden. In der Folge gelang es nicht, eine Einigung darüber zu finden, da der Kantonsrat Ende Jahr einen Auftrag zu Erarbeitung eines Projektes zur Änderung des Kostenteilers 50%:50% in Auftrag gegeben hat. Die Verhandlungen waren auch Ende 201 noch nicht beendet.

2.3. Bereich Finanzen (Bereich FD)

Auch im Bereich Finanzen erfolgten nach den Gemeinderatswahlen personelle Wechsel. Als wichtigste Themen können der Wirkungsbericht Finanzreform '08 sowie die erstmalige Evaluation der Pflegefinanzierung durch LUSTAT genannt werden.

Erstmalige Evaluation der Pflegefinanzierung

Die mit Spannung erwartete Evaluation der Pflegefinanzierung für das Jahr 2011 wurde gegen Ende Jahr veröffentlicht. Dabei wurde das erste Mal erhoben, wie viel die neue Pflegefinanzierung die Gemeinden kostet. Zusammen mit den Gemeinden wurden die Zahlen analysiert. Als Schlussfolgerung wurde festgestellt, dass die Kosten „nur“ ca. CHF 6.6 Mio. höher ausfielen, als in der betreffenden Botschaft im Parlament geschätzt. Allerdings waren und sind die Gemeinden in sehr unterschiedlicher Art und Weise betroffen. Zusammen mit dem Bereich G+S wurden mögliche Steuerungsmassnahmen angedacht.

Wirkungsbericht Finanzreform '08 im Parlament verabschiedet

Ein zentrales Geschäft kam gegen Ende 2012 zu einem guten Abschluss. Der Kantonsrat nahm den Wirkungsbericht zur Finanzreform '08, also den Bericht zur neuen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden, zur Kenntnis und erteilte zwei wichtige Aufträge. Einerseits wird die Anpassung des Kostenteilers im Volksschulwesen auf 50%:50% geprüft und andererseits wird die Evaluation der Pflegefinanzierung zusätzlich auf die Spitalfinanzierung ausgeweitet. Es gelang hier also dem VLG, zwei zentrale Anliegen im Kantonsparla-

ment zum Durchbruch zu verhelfen.

Kostenrechnung KORE, kein Übungsabbruch

Zusammen mit dem Kanton wurde vereinbart, dass die Kostenrechnung weiterhin auf der Agenda der Gemeinden bleibt. Es wurden erste Planungen für eine Weiterbildung der Gemeinderäte und der Gemeindebuchhalter und Finanzverantwortlichen an die Hand genommen. Die Weiterbildung soll im Verlaufe des Jahres 2013 durchgeführt werden.

Wirkungsbericht Finanzausgleich 2013

Kaum wurde der erste Wirkungsbericht Finanzausgleich vom Parlament zur Kenntnis genommen, begannen schon die Planungen für den Wirkungsbericht Finanzausgleich 2013. Dabei ging es primär darum, die Finanzausgleichsdelegation des VLG infolge der Gemeinderatswahlen neu zu bestücken.

2.4 Bereich Gesundheit und Soziales (Bereich G+S)

Auch im Bereich Gesundheit und Soziales galt es im vergangenen Jahr, politisch gewichtige Geschäfte zu behandeln. Besonders intensiv wurden dabei die neuen Sozialvorstehenden geschult, nämlich gleich über mehrere Tage.

Pflegefinanzierung zum ersten und zum zweiten und zum ...

Die neue Pflegefinanzierung beschäftigte den Bereich an allen Ecken und Enden. Wie im Bereich Finanzen ging es auch hier darum, die erste Evaluation zur Kenntnis zu nehmen. Es musste festgestellt werden, dass die Gemeinden einerseits ganz unterschiedliche Belastungen hatten und andererseits nur über beschränkte Steuerungsmechanismen verfügen, um die Kosten zu beeinflussen. Während in der stationären Langzeitpflege praktisch vollständige Klarheit herrscht, sind bei der ambulanten Langzeitpflege (Spitex, Tagesstrukturen usw.) noch zahlreiche Baustellen offen.

Baustelle private Spitex-Organisationen

Nach der neuen Pflegefinanzierung haben auch die privaten Spitex-Organisationen Anspruch auf die Restfinanzierung durch die Gemeinden. Im Sinne der gleichlangen Spiesse müssen diese aber gewisse Bedingungen und Auflagen erfüllen, damit sie auf die Empfehlungs-Liste des VLG als Anbieter kommen. Zusammen mit der BDO AG konnte ein Überprüfungs- und Anerkennungsmechanismus entwickelt werden. Allerdings gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den privaten Organisationen nicht immer nur einfach.

ZiSG: Schnittstellenanalyse gibt zu reden

Die vom Zweckverband für institutionelle Sozialhilfe (ZiSG) in Auftrag gegebene Schnittstellenanalyse brachte einige Ergebnisse an den Tag, die in der Folge zu Diskussionen Anlass gaben. Dabei geht es um Überschneidungen und Eliminierungen von Doppelspurigkeiten resp. -finanzierungen. Ebenso soll eine vertiefte Strukturanalyse darüber Klarheit schaffen, inwieweit das AKV-Prinzip eingehalten ist oder mit anderen Worten ausgedrückt, handelt es sich bei den verschiedenen Leistungen der Institutionen um eine Gemeinde-, Kantons- oder Verbundaufgabe. Der ZiSG ist ein eigenständiger Gemeindeverband und wird zu je 50% durch den Kanton und die Gemeinden finanziert. Aufgrund der Strukturanalyse kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zu finanziellen Verschiebungen kommt. Der VLG wird zum gegebenen Zeitpunkt in die Diskussion mit einbezogen.

Asylthematik weiter aktuell

Auch im vergangenen Jahr beschäftigte die Suche nach Unterkünften den Kanton stark. Die Gemeinden waren dahingehend auch stark gefordert. Obwohl als Kantonsaufgabe angedacht wurde festgestellt, dass den Gemeinden trotzdem Kosten anfallen. Dahingehend gab es Gespräche mit dem zuständigen Departement.

2.5 Bereich Justiz und Sicherheit (Bereich JSD)

Der Bereich Justiz und Sicherheit wurde im vergangenen Jahr vor allem mit zwei Geschäften konfrontiert. Einerseits ist er beim neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (K-ESR) verbandsintern federführend, andererseits bei der Reorganisation der Regierungsstatthalter.

Neues Erwachsenenschutzrecht nimmt Gestalt an

Im Verlaufe des vergangenen Jahres konnten unter der Federführung des Bereiches und der speziellen Arbeitsgruppe die Grundlagen geschaffen werden, die es den sieben Erwachsenenschutzkreisen erlaubte, am 2.1.213 mit ihrer Arbeit zu beginnen. Ein besonderes Dankeschön geht hier an Projektleiter Erwin Galliker, der es verstand, ein so komplexes Projekt zusammen mit den einzelnen Kreisen zeitgerecht zu einem Ziel zu führen. Ebenfalls konnte der VLG einen Betrag vom CHF 400'000.-- vom Kanton Luzern zu Handen der sieben Kreise für die Projektkosten entgegennemen und verteilen.

Reorganisation Regierungsstatthalter

Ebenfalls wurde der Bereich erneut mit der geplanten Reorganisation der Gemeindeaufsicht konfrontiert. Die vom Regierungsrat verabschiedete Botschaft entsprach nicht mehr ganz der ehemaligen Vernehmlassungsbotschaft. Es wurde nebst der Abschaffung neu eine Variante mit einem reduzierten Verbleib des Amtes des Regierungsstatthalter ins Spiel gebracht. Es zeigte sich wiederum, dass die Gemeinden der Funktion der Regierungsstatthalter ganz unterschiedlich begegneten und daher auch die Erwartungen an eine neue Lösung ganz unterschiedlich sind. Die Vorlage wird 2013 ins Parlament kommen.

Ersatzbeiträge Zivilschutz

In Zusammenhang mit dem Projekt einer möglichen Kantonalisierung des Zivilschutzes wurden auch die heute getrennt geführten Kassen von Kanton und Gemeinden für die Ersatzbeiträge im Zivilschutz zur Diskussion gestellt. Ein erster Vorschlag der Gemeinden wurde abschlägig beantwortet. Der Bereich wird sich weiterhin um eine gute Lösung für die Gemeinden einsetzen.

2.6 Arbeitsgruppe Prozesse und Informatik (FAPI)

An dieser Stelle sei auf den speziellen Bericht der FAPI in der Beilage verwiesen.

3. Kommunikation

Politkontakte/Lobbying

An zwei ordentlichen Gesprächsforen mit dem Regierungsrat konnten wichtige Themen direkt beim Regierungsrat deponiert werden. Im Rahmen von einzelnen Kantonsratsgeschäften kam es zudem zu verschiedenen Kontakten zwischen Bereichsleitenden oder der Geschäftsstelle mit einzelnen Kommissionen des Kantonsrats. Ebenfalls wurden unzählige Kontakte zu den Departementen und Dienststellen des Kantons im Rahmen der Bereichsarbeit gepflegt. Schliesslich wurde festgestellt, dass der VLG vermehrt zu Hearings in den kantonsrätlichen Kommissionen eingeladen wurde. Das ist einerseits erfreulich, wird dadurch der



VGL doch sehr ernst genommen. Andererseits sind solche Auftritte auch stets mit einem hohen personellen Aufwand verbunden. Es darf festgestellt werden, dass der VLG im politischen Betrieb eine feste Grösse ist und daher von der Regierung und vom Parlament stark beachtet wird. Oder anders gesagt, man hört auf den VLG.

4. Vernehmlassungen

Der VLG wurde im vergangenen Jahr zu insgesamt 13 Stellungnahmen eingeladen und arbeitete in der Folge entsprechende Antworten aus. Mit dabei waren wiederum Anhörungen oder einige sog. Untervernehmlassungen zu Händen des Regierungsrates. Der Verband war auch im vergangenen Jahr bemüht, seine Stellungnahmen möglichst rechtzeitig den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Leider ist dies wiederum nicht vollständig geglückt. Vielfach war der vorgegebene kantonale Fahrplan derart eng, dass der Verband selber nicht mithalten konnte. Hier ist der Verband daran, sich noch zu verbessern.

5. Projekte auf Stufe Vorstand, ständige Vertretungen

Gewisse Projekte sind direkt beim Vorstand angesiedelt. So vertraten Verbandspräsident Hans Luternauer und weitere Vorstandsmitglieder den VLG auch im vergangenen Jahr in verschiedenen Steuerungsgremien von Projekten zwischen dem Kanton und dem VLG. Als ständiger Vertreter amtiert der Verbandspräsident im Stiftungsrat der Stiftung Wirtschaftsförderung Luzern. Ebenfalls ist der VLG im Verbundrat öffentlicher Verkehr (VVL) mit Vorstandsmitglied Irene Keller (Gemeindeammann Vitznau), zusammen mit Willi Bucher (Wolhusen), Adrian Borgula (Luzern, ab Oktober 2012) und Matthias Senn (Kriens) vertreten.

6. Weiterbildung

Aufgrund der Gemeinderatswahlen wurden verschiedene Weiterbildungsangebote lanciert. Einerseits fand ein zentraler eintägiger Einführungskurs für neue Gemeinderatsmitglieder statt, der sehr gut besucht war. Daneben boten die verschiedenen Bereiche spezifische Weiterbildungsmodulare an, die ebenfalls auf grosses Interesse stiessen. Es wurde immer wieder festgestellt, dass die Arbeit in einer Gemeindeexekutive sehr komplex und anspruchsvoll ist. Es wird gegenwärtig geprüft, diese Weiterbildung sporadisch auch während der Legislatur anzubieten.

7. Dank

Ich bedanke mich abschliessend bei meiner Vorstandskollegin und meinen Vorstandskollegen, den Leiterinnen und Leitern der fünf Bereiche, der Fachgruppe Informatik und Prozesse, den Vertretungen in den Delegationen sowie den unzähligen Gemeindevertreterinnen und -vertretern für ihre Arbeit, die sie letztes Jahr in zahlreichen Projekt- und Arbeitsgruppen geleistet haben. Ein grosser Dank geht ebenfalls an alle Gemeinden für ihre fristgerechte Begleichung der Jahresbeiträge sowie für das aktive Mitwirken bei Stellungnahmen und Vernehmlassungen und damit auch für das Interesse, welches sie für die Arbeit des VLG entgegen bringen. Ebenfalls bedanke ich mich beim Team unserer Geschäftsstelle unter der Leitung des Geschäftsführers Ludwig Peyer. Sie leistete wiederum umfangreiche und hervorragende Arbeit.

Reiden, im März 2013

Hans Luternauer, Präsident